

Grundeigentümer stellen sich quer

Signal: Freileitung findet keine Akzeptanz / Kommt E.ON in Erklärungsnot?

COLNRAD/PRINZHÖFTE/WINKELSETT (boh) ■ Die E.ON Netz GmbH kommt womöglich in echte Erklärungsnot: Während sie nachgiebig am Bau einer 380-kV-Freileitung von Ganderkesee nach St. Hülfe festhält, macht ihr ein anderer Stromriese vor, dass es sehr viel bürgerfreundlicher geht: Ein regionales Konsortium um den EWE-Konzern will für den Abtransport von Offshore-Windstrom ein Erdkabelleitungssystem durch die Landkreise Aurich und Leer realisieren, und zwar ebenfalls auf der Höchstspannungsebene (220 oder 380 kV). Die Trasse misst sogar noch rund zehn Kilometer mehr als die von der E.ON Netz beantragte. Das Konsortium strebt an, noch 2007 mit dem Bau zu beginnen.

Das Beispiel zeigt, dass die technische Machbarkeit unterirdischer Lösungen außer Frage steht. Das eigentliche

Problem aus Sicht der Interessengemeinschaft (IG) „Vorsicht, Hochspannung“ bleibt die mangelnde Bereitschaft der E.ON Netz, sich dazu durchzurufen.

Unterdessen haben etwa zwei Drittel der Grundstückseigentümer in der Gemeinde Colnrade, die von der geplanten E.ON-Trasse Ganderkesee–St. Hülfe betroffen sind, schriftlich erklärt, dass sie ihre Flächen nicht für eine oberirdische Trasse zur Verfügung stellen werden.

„Netzbetreiber E.ON wird es schwer haben, die Freileitung durchzusetzen – das wollen wir hiermit ganz deutlich machen. Das Genehmigungsverfahren für eine Freileitung wird unter diesen Umständen wesentlich länger dauern, zehn Jahre und mehr – im Gegensatz zu ein bis zwei Jahren bei einer Erdverlegung“, unterstreicht Frank Windhorst, Sprecher der Interessenge-

meinschaft. Die Bürgermeister der drei in der Samtgemeinde von der Trasse betroffenen Gemeinden werden die Stellungnahmen beim zuständigen Ministerium in Hannover persönlich übergeben und dort nochmals die Forderung nach einer unterirdischen Lösung bekräftigen.

Die IG versucht am kommenden Wochenende, Stellungnahmen auch von jenen Grundstückseigentümern in der Gemeinde Colnrade einzuholen, die sie bislang nicht hat erreichen können. Diese Schreiben werden dem Ministerium nachgereicht. In Eydelstedt sei eine entsprechende Aktion bereits gelaufen; die Gemeinden Winkelsett und Prinzhöfte zögen nach, berichtet Kai Pfänder, ebenfalls Sprecher der IG.

Ziel sei es, von sämtlichen betroffenen Grundeigentümern im Trassengebiet Stellungnahmen zu bekommen

– auch mit Blick auf etwaige spätere juristische Schritte, ergänzt Windhorst: „Wenn sich wirklich alle gegen etwas aussprechen, macht das in der Regel Eindruck vor Gericht.“ Die Freileitung finde keine Akzeptanz; wolle die E.ON Netz wirklich „zeitnah“ bauen, dann sei das nur unterirdisch zu erreichen, ergänzt Kai Pfänder. Die Grundstückseigentümer seien „im Falle einer Umplanung zugunsten der Alternative Erdverlegung jederzeit zu Gesprächen bereit“.

Diskussionsstoff bietet weiterhin das Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz. Darin soll festgelegt werden, dass maximal zehn Prozent der Höchstspannungsleitungen (in sensiblen Bereichen) unterirdisch realisiert werden können. Völlig unzureichend aus Sicht der IG. Ihre Position: „Stromleitungen gehören grundsätzlich in die Erde.“